

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptollants zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Polizei-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindefachkonto: Amt Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verbreitung einzelner Hefen - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einpaltige Grundzeile 25 Pfg., Briefliche Anzeigen 20 Pfg., die 80 mm breite Reklameweile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. - Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifi. Nachschlag. - Erklärungsamt Bischofswerda

Nr. 299

Freitag, den 25. Dezember 1925.

80. Jahrgang

Tageschau.

* Das Reichsarbeitsministerium hat Vorschläge für Unterstützung der Gemeinden bei ihren Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit ausgearbeitet.

Zwischen Deutschland und England schweben Verhandlungen über eine Erleichterung der Einfuhr von jungen Kaufleuten und über die Praxis der englischen Zollbehörden.

Das deutsch-österreichische Kohlenabkommen ist bis zum 30. Juni 1926 verlängert worden.

Nach einer Meldung aus Washington hat Präsident Coolidge die Einladung zur Abrüstungskonferenz endgültig angenommen.

Das Urteil im Dolchstoßprozess ist durch die Freitag nachmittag erfolgte Zurücknahme der Berufung seitens des Angeklagten Gruber und der daran anschließenden Zurücknahme der Gegenberufung des Klägers Prof. Cohnmann rechtskräftig geworden.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Der Traum vom ewigen Frieden.

Eine Weihnachtsbetrachtung.

In diesen Tagen, da der Stern von Bethlehem wieder leuchtet, und die heiligen Kräfte vom Frieden auf Erden erwachen, erfüllt die Menschheit jener Sehnsuchtsraum, der so alt ist wie sie selbst, der Traum vom ewigen Frieden.

Dabei wird freilich allzu leicht die harte geschichtliche Tatsache vergessen, daß pazifistische Vorfälle stets nur den Weg zu neuen Kriegen gepflastert haben. Immer, wenn man meinte, zu einem endgültigen politischen System gekommen zu sein, wie nach dem Dreißigjährigen Krieg und nach 1815, zeigte es sich, daß das Ende nur der Beginn neuer Veränderungen war, und daß im Leben der Völker beständig nur der Wechsel ist. Staaten können eben nicht unbeweglich nebeneinander liegen, wie gepreßte Pflanzen in einem Herbarium, sie blühen und welken, überschatten und verdrängen sich, und aus diesem Werden und Vergehen, diesem ununterbrochenen Daseinstampf, ist der Krieg einfach nicht wegzudenken.

Nein, erwidert der Pazifist. Seht ihr nicht das Neue, das werden will? Führt ihr nicht, wie nach Jahrhunderten langen Kämpfen die vereinigten Staaten Europas sich endlich auf blutgedrängtem Boden zusammenschließen, um nicht von der übrigen Welt überflügelt zu werden? Nicht lange mehr könnte es dauern, dann würden alle Schlagbäume, Zollsperrn und Passkontrollen zwischen Warschau und Pissabon niedergelegt, und die Millionen von Soldaten, Grenz-Polizisten und Zollmännern einer produktiven Beschäftigung zugeführt werden. — Wir wollen hier ununtersucht lassen, inwieweit dieser paneuropäische Gedanke eine himmelblaue Utopie ist. Aber was ist das für ein enger Horizont, zu glauben, daß mit dem Zusammenschluß Europas das entscheidende Fundament für den sogenannten ewigen Frieden gelegt sei! In Nordafrika, Kleinasien und im fernsten Osten raist die Kriegswolke, und selbst im europäischen Wetterwinkel, auf dem Balkan, droht der Sturm jeden Tag neu loszubringen. Die Mobilisierung der farbigen Völker im Weltkrieg hat sie in Bewegung gebracht, ihre Verwendungsgegen weisse Gegner in Europa hat das Prestige der weißen Rasse zerstört, und damit sind die Zeiten des Vorwärtstriebsimpetismus, wo mit einigen Kriegsschiffen und einer Handvoll Mannschaften halbe Kontinente beherrscht werden konnten, endgültig vorbei: Der Weltkrieg hat die Explosivstoffe auf diesem Erdball in unheimlicher Weise vermehrt, und es ist unabsehbar, wo die im Gange befindliche Erhebung der farbigen Erdteile einmal enden wird. Diese Weltlage ist auch der entscheidende Grund dafür, daß die westeuropäischen Mächte trotz der in Genuß von Zeit zu Zeit aufgeführten Abrüstungskomödien nie die Bestimmung des Verfallers Diktats, in gleicher Weise wie Deutschland abzurufen, erfüllen werden.

Wenn den Worten von Frieden, Abrüstung und Weltrecht, die die regierenden Staatsmänner überall im Munde führen, Wille und Kraft wirklich entsprechen würden, könnte man wohl wägen, das Zeitalter des ewigen Friedens sei nahe herbeigekommen. Aber schon die Tatsache müßte mahnend machen, daß bereits lange vor dem Weltkrieg die Phrasen des Pazifismus zum Handwerkszeug der internationalen Diplomatie gehörten. Es ist nichts Bezeichnender für das Wesen jenes offiziellen Vorkriegspazifismus, als daß fast der russische Zar den Anstoß zu den Haager Friedenskonferenzen gegeben hatte.

Wie immer nach großen Kriegen, so hat gegenwärtig die pazifistische Ideologie erheblich an Boden gewonnen. Sie bildet jetzt sogar die Grundlage der amtlichen deutschen Außenpolitik. Aber wir sind auch hier die doktrinarischen Deutschen geblieben, die wir waren. Mit derselben Ehrlichkeit, mit der wir es früher auf den Haager Konferenzen ablehnten, das heuchlerische Spiel der anderen mitzumachen, bestimmen wir uns jetzt umgekehrt mit feierlichem Ernst amtlich zum Pazifismus. Gewiß hat kein europäischer Staat ein so dringendes Interesse an der Erhaltung des Friedens, wie das entwaffnete Deutschland, das rettungslos der Schaulust jedes künftigen europäischen Krieges sein würde. Eine kriegerische Abenteuerpolitik zu treiben kann keinem Deutschen einfallen, der seine fünf Sinne beisammen hat. Aber indem wir der augenblicklichen Lage Rechnung tragen, dürfen wir uns nicht selbst verlieren. Wie die erzwungene Abrüstung uns nicht zu einer inneren Selbstpreisgabe unseres natürlichen und wichtigsten Rechtes als Volk und Staat führen darf, so müssen wir uns auch davor hüten, daß die durch den Zwang der Umstände gebotene Friedenspolitik bei uns zu einem ideologischen Pazifismus umschlägt, der die sittliche Kraft unseres Volkes zermürben würde. Sollte der Ernst einer weltgeschichtlichen Stunde dann erneut vor unserem Volk stehen, so fände sie nur ein schwaches, entnervtes Geschlecht. Gewiß werden Kriege auf europäischem Boden immer seltener werden, vielleicht ganz aufhören. Gleichwohl sind sie aus dem bewegten Ablauf historischen Geschehens nicht wegzudenken, wenn man seinen Blick über die Grenzen des alten Europa erhebt.

Und doch ist die Idee vom ewigen Frieden nicht nur, wie uns in diesen Weihnachtstagen wiederum besonders der Bewußtsein kommt, weder müßig noch unfruchtbar. Nur muß man sich über ihr Wesen klar sein. Wie die Vorstellung einer Gemeinschaft, in der die Rechts Grenzen von selbst und ohne Zwang gewahrt werden, ein Kunstgriff des juristischen Denkens ist, um einen Begriff des Rechts zu erhalten, dem alle zufälligen Merkmale fehlen, so ist auch der Gedanke des ewigen Friedens eine Fiktion, der jede Realität fehlt und die gleichwohl vom theoretischen Gesichtspunkt aus ihren Wert hat. Daß aber die Friedensidee nicht mehr als eine Fiktion ist, bestätigt auch Kant der von den Pazifisten gern als ihr Kronzeug herangezogen wird. In seiner „Rechtslehre“ sagt er, der „dauernde Friedenszustand“ ist „von dem Ideal einer rechtlichen Verbindung der Menschen unter öffentlichen Gesetzen hergekommen.“ bleibt aber doch freilich „eine unausführbare Idee“. Das lehrt die Philosophie ebenso wie ein unvoreingenommener Blick in die Geschichte.

Das russisch-türkische Bündnis.

Die Auswirkung der über das Mossulgebiet gefällten Entscheidung auf die Weitergestaltung der Politik im nahen Orient prägt sich deutlich in dem eben zustande gekommenen russisch-türkischen Neutralitätsvertrag aus. Die Angora-Regierung hat damit eine Rückendeckung gewonnen, die ihr weitreichende Aktionsfreiheit zur Durchführung ihrer asiatischen Pläne gewährt. Dadurch gewinnt sie auch in den in London weiter zu führenden Verhandlungen über Mossul eine bei weitem gefestigtere Stellung als die bisher aufrecht erhaltene Ansehung an Frankreich ihr jemals bieten konnte. Jene französisch-türkischen Verhandlungen, die in der Zeit des griechisch-türkischen Krieges der Angora-Regierung erste Vorteile brachten und späterhin auch die Möglichkeit zur Erweiterung des türkischen Nationalstaates nach Cilicien eröffneten, hatten ihren Zweck seinerzeit durchaus erfüllt. Da eine weitere Unterstützung von Seiten Frankreichs den eigenen französischen Interessen in Syrien sowie den vorderasiatischen Belangen Englands widersprochen hätten, war die Angora-Regierung bereits merklich von Frankreich abgerückt. Das englisch-französische Abkommen, das anschließend kurz vor der Genfer Verhandlung über Mossul im Zusammenhang mit dem Besuche des neuernannten Oberkommissars für Syrien, Louvel, zustande gekommen ist, gab für die Angora-Regierung den Ausschlag, ihrer Politik eine andere Richtung zu geben. Vorausschicklich werden Frankreichs Schmierlaken in Syrien in der nächsten Zeit eine erhebliche Verschärfung erfahren, da es nun den neuen Kleinsten Kemal Paschas entsprechen muß, Frankreichs Kräfte möglichst zu binden. Für die Durchführung eines Krieges um das Mossulgebiet würden die türkischen Kräfte, soweit nur militärische Handlungen dabei in Frage kommen, sicherlich ausreichen. Eine andere Frage aber ist es — und die man sich in Angora mit allem Ernst vorlegen wird, ob die Türkei wirtschaftlich stark genug gerüstet und innerlich genügend konsolidiert ist, um sich an ein so großes gefährliches

Unternehmen heranwagen zu können. Auch darf dabei nicht vergessen werden, daß Griechenland und auch Italien zu einem Flankenangriff sich entschließen würden, sobald ihnen England die Zusicherung neuer Gebietserwerbungen macht. Der Ausbau der mit einem großen Fliegerlandeplatz versehenen Flottenstation in Rhodos, den Italien im Augenblick durchführt, spricht dafür, daß der italienische Imperialismus neue Ziele im Ägäischen Meer sucht. Andererseits wird jetzt, nach dem Abschluß des russisch-türkischen Bündnisses, die Kremldirektion ihre gegen England sich richtende panasiatische Politik mit allen Mitteln und dem allgemeinen Ziel weiter vortreiben, Englands Stellung vor allem in Ostasien, ferner auch in Zentralasien möglichst zu erschüttern. Das neue Asien wird sicherlich in eine entscheidene Kampfstellung gegenüber dem alten Europa gedrängt: ist England auch hierauf gerüstet?

Reichsunterstützung der Gemeinden bei ihren Nothstandsmaßnahmen.

Berlin, 23. Dez. (B. T. Z.) Um den Gemeinden in den Gebieten, die besonders unter der Erwerbslosigkeit leiden, die Durchführung von Nothstandsarbeiten zu erleichtern, hat das Reichsarbeitsministerium bestimmte Vorschläge ausgearbeitet, die die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden haben. Diese Vorschläge gehen den Regierungen der Länder noch vor Weihnachten zur Stellungnahme zu und sollen unmittelbar nach Neujahr mit ihnen in einer Konferenz besprochen und sofort in Kraft gesetzt werden. Es handelt sich dabei insbesondere um ein weitgehendes Entgegenkommen des Reiches und der Länder bei der Vergütung und Tilgung der Darlehen, die aus Reichsmitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt werden.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Zur Zeit sind Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter in großer Anzahl arbeitslos. Im Frühjahr und Sommer dagegen wird bei gehdrufter Wiederaufnahme der Bautätigkeit voraussichtlich Mangel an Bauarbeitern eintreten und das Bauen erschweren und verteuern. Bauherren und Bauunternehmer sollten deshalb Innenarbeiten nicht unterbrechen oder möglichst bald beginnen und ihre Bauarbeiten schon im Winter vergeben. Die Baupläne sollten beschleunigt werden, so daß bei einer eingetretenen günstigen Witterung mit der Ausführung auch von Außenarbeiten sofort begonnen werden kann. Besonders wünschenswert ist es, daß die Gemeinden ihre Bauaufträge als Ausgleichsmaßnahme für den außerordentlich stark belasteten Arbeitsmarkt des Baugewerbes schon jetzt einlegen.

Anträge im Reichstag. — Wohnungswirtschaft. — Preistreibererei. — Mittelstands-Gewerbe-Verdingungswesen.

Berlin, 23. Dez. Dem Reichstag ist ein deutschnationaler Antrag zugegangen, der die Reichsregierung auffordert, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Wohnungsämter besetzt und der Mieterbeschuss neu geregelt wird. Ein Antrag der deutschen Volkspartei fordert Auskunft, ob die Preistreibererei — und ähnliche Verordnungen, nicht aufgehoben werden sollen. Er fragt ferner an, ob dem Beschluß des Reichstagsausschusses über das Verbot des Aufschubens von Warenbestellungen in den amtlichen Räumen der Reichsbehörden und der Reichsbahn entsprechen worden ist. Ein weiterer Antrag der deutschen Volkspartei verweist auf die außerordentlich schwierige Lage des mittelständischen Gewerbes und verlangt Senkung des Zinsfußes bei gewährten Krediten. Ferner Verteilung von Aufträgen durch das Reich, die Länder, die Reichsbahn und die Reichspost, Aufhebung der Luxussteuer, Vorlegung der Reichsverbindungsordnung und der Reichshandwerkerordnung. Ein Antrag der Demokraten verlangt ebenfalls Regelung des Verdingungswesens, sowie eine Uebersicht über die Maßnahmen der Länder zur Bekämpfung der Mißstände im Hausierhandel und Wandergewerbe-Betriebe. Ferner eine Uebersicht über die Maßnahmen der Regierung in der Preisfestsetzung besonders innerhalb der Kartelle und Trusts.

Neue amerikanische Anleihen?

Berlin, 23. Dez. Nach einer Meldung aus London soll augenblicklich in Neuyork zwischen deutschen und amerikanischen Sachverständigen über einen neuen Anleiheplan für Deutschland verhandelt werden. Als Sicherheit für die Aufnahme einer neuen Anleihe in Neuyork sollen 500 Millionen von den 7prozentigen Vorzugsaktien der Deutschen